

**Antwort**  
**der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Petra Pau und der Fraktion der PDS**  
**– Drucksache 14/1110 –**

**Wanderarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland**

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit 1991 mit der Republik Polen ein Abkommen über die Beschäftigung von Vertragsarbeitnehmern. Danach kann ein festgelegtes Kontingent von Arbeitnehmern aus Polen als sog. Werkvertragsarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten. In den folgenden Jahren wurden ähnliche Abkommen mit Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Estland, Litauen, Albanien und auch der Türkei abgeschlossen („Vorwärts und nicht vergessen . . . Zur Situation der neuen WanderarbeiterInnen“, in: analyse & kritik Nr. 413 vom 9. April 1998, S. 6 f.).

Werkvertragsarbeiter dürfen nicht direkt von einem deutschen Arbeitgeber angestellt werden, sondern werden als Beschäftigte einer ausländischen Firma für höchstens zwei bis drei Jahre nach Deutschland entsandt. Das heißt, für diese Arbeitnehmer gilt das Arbeits- und Tarifrecht des Heimatlandes. Hier soll die ausländische Firma als Subunternehmer eines hiesigen Auftraggebers mit den Werkvertragsarbeitnehmern einen festumrissenen Auftrag – ein sog. Werk – ausführen.

In der ZDF-Sendung „Länderspiegel“ vom 15. Mai 1999 wurde am Beispiel des Neubaus der ICE-Verbindung Köln–Rhein–Main berichtet, daß auf ICE-Baustellen Rumänen oft für nur 3 DM die Stunde arbeiten. „Die Arbeiter würden um über 100 Mio. DM geprellt. Etwa die gleiche Summe entginge den deutschen Sozialsystemen und Finanzämtern.“

1991 führte das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (BMA) für den Abschluß der Abkommen folgende Gründe an:

- die Möglichkeit, kurzfristig den Bedarf deutscher Firmen nach ausländischen Arbeitskräften decken zu können und gleichzeitig deren dauerhafte Zuwanderung umgehen zu können,
- die Erwartung, durch die Schaffung einer begrenzten Zahl von legalen Arbeitsmöglichkeiten für Angehörige aus den mittelosteuropäischen (MOE) Staaten den Wanderungsdruck aus diesen Ländern zu verringern.

Mittlerweile werden vom BMA folgende Gründe genannt:

- Heranführung der MOE-Staaten an Westeuropa – Solidarität mit den MOE-Staaten,

---

*Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung vom 16. Juni 1999 übermittelt.*

*Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.*

- Hilfe zur Selbsthilfe: Vermittlung von Know-how für Unternehmen und Arbeitnehmer zum Aufbau des eigenen Landes,
- Förderung der wirtschaftlichen Beziehungen („Vorwärts und nicht vergessen . . . Zur Situation der neuen WanderarbeiterInnen“, in: analyse & kritik Nr. 413 vom 9. April 1998, S. 6 f.).

Im Gegensatz zu früheren Arbeitsmigranten haben die Werkvertragsarbeiter keine vergleichbaren soziale Rechte, wie z. B. Familienzusammenführung. Im Falle einer arbeitsrechtlichen Auseinandersetzung – so sind Fälle bekannt, wo die Arbeitgeber keinen Lohn zahlen wollten –, liegt aufgrund der vertraglichen Bedingungen der Gerichtsstand im Herkunftsland der betroffenen Werkvertragsarbeitnehmer.

Bereits 1990 verabschiedete die VN eine „Konvention zum Schutz aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen“. Damit wurde ein umfassender Rechtsschutz für Wanderarbeiterinnen und Wanderarbeiter – auch solcher ohne Papiere – beschlossen. Die Konvention verdient vor allem deshalb Beachtung, weil alle Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer, die über Werkverträge, sei es als Selbständige, Werkvertragsarbeitnehmer oder Grenzgänger, in die Bundesrepublik Deutschland kommen, als Wanderarbeitnehmerinnen und Wanderarbeitnehmer betrachtet werden.

In dieser VN-Konvention ist u. a. vorgesehen, daß Wanderarbeiter hinsichtlich

- Arbeitsentgelt und anderen Arbeitsbedingungen, z. B. Überstunden, wöchentliche Ruhezeiten und Arbeitsschutz (§ 25),
- sozialer Sicherheit (§ 27),
- gesundheitlicher Versorgung (§ 28)

„die gleiche Behandlung wie die Staatsangehörigen dieses Staates“ erhalten. Auch wird Kindern von Wanderarbeitern das „grundlegende Recht auf Zugang zur Bildung“ (§ 30) zugestanden.

### Zur Vorbemerkung

Der politische Umbruch in den Ländern Mittel- und Osteuropas – darunter in Polen – hat vielfache Hilfen der Bundesregierung zur Unterstützung des Reformprozesses dieser Länder ausgelöst. Die Werkvertragsarbeitnehmerbeschäftigung spielt dabei eine wichtige Rolle.

Die Bundesregierung hat mit 13 Ländern (Polen, Bulgarien, Tschechien, der Slowakei, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Slowenien, Lettland, Rumänien, Ungarn, Türkei, Ex-Jugoslawien – z. Z. nicht in Anwendung) bilaterale Vereinbarungen über die Entsendung und Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern auf der Grundlage von Werkverträgen abgeschlossen.

Die Vereinbarungen sehen jährliche Beschäftigungskontingente vor, deren Einhaltung überwacht wird. Die Kontingente werden nach einem in den Vereinbarungen festgelegten Schlüssel jährlich an die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in Deutschland angepaßt. Für jeden Prozentpunkt, um den sich die Arbeitslosenquote erhöht oder verringert, werden die Beschäftigungskontingente um jeweils 5 % reduziert oder angehoben. Das derzeitige Gesamtkontingent beträgt 52 340 Werkvertragsarbeitnehmer.

Die Werkvertragsarbeitnehmer-Vereinbarungen unterstützen die wirtschaftliche Kooperation von ausländischen Unternehmen mit Unternehmen in Deutschland und helfen den ausländischen Unternehmen den steigenden Anforderungen des internationalen Wettbewerbs besser gerecht zu werden. Darüber hinaus werden die Unternehmen und ihre Arbeitnehmer in die Lage versetzt, wirtschaftliches Know-how und organisatorisch-technische Betriebsabläufe kennenzulernen und damit in einer fortschrittlichen Marktwirtschaft zu bestehen. Die Werkvertragstätigkeit fördert den Austausch von

Waren und Dienstleistungen. Andererseits dient die Kooperation auch den Interessen Deutschlands dadurch, daß durch die Kooperation dauerhafte Strukturen der Zusammenarbeit entstehen und damit auch die Präsenz deutscher Unternehmen auf dem ausländischen Markt gefördert wird.

Nach den Werkvertragsarbeitnehmer-Vereinbarungen sind die ausländischen Unternehmen verpflichtet, für ihre Arbeitnehmer vergleichbare Arbeitsbedingungen zu sichern, zu dem auch der einschlägige deutsche Tariflohn für vergleichbare Tätigkeiten zählt. In diesem Zusammenhang darf außerdem nicht außer acht gelassen werden, daß den MOE-Werkvertragsunternehmen zusätzlich Kosten in nicht unerheblichem Umfang durch Gebühren für die Erteilung der Arbeitserlaubnisse entstehen, die sie zur Finanzierung des Verwaltungsaufwandes der Bundesanstalt für Arbeit für die Genehmigung und Kontrolle der Werkvertragstätigkeit entrichten müssen.

Die Feststellung, daß dem deutschen Sozialsystem und den Finanzämtern über 100 Mio. DM vorenthalten würden, trifft nicht zu. Hierzu wird auf die Antwort zu den Fragen 6 und 8 hingewiesen.

Die Werkvertragsarbeitnehmer unterscheiden sich von anderen für längere Zeit in Deutschland lebenden Ausländern wesentlich dadurch, daß sie nur zeitweilig nach Deutschland entsandt werden und ihr Lebensmittelpunkt im Ausland fortbesteht. Die Frage der Familienzusammenführung stellt sich deshalb nicht. Die Werkvertragsarbeitnehmer werden im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses mit ihrem Arbeitgeber im Heimatstaat in Deutschland tätig. Alle daraus resultierenden arbeitsrechtlichen Auseinandersetzungen unterliegen dabei grundsätzlich dem Gerichtsstand des Heimatstaates. Durch § 8 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes ist den Werkvertragsarbeitnehmern inzwischen in einer Reihe von Fällen die Möglichkeit eröffnet worden, ihre Ansprüche in Deutschland einzuklagen (vgl. Antwort zu Frage 8).

Die bestehenden Regelungen gewährleisten für die Werkvertragsarbeitnehmer einen ausreichenden Schutz im Bereich des Arbeits- und Sozialrechts. Die Frage einer Ratifizierung der Konvention zum Schutz aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen steht hinsichtlich der Werkvertragsarbeitnehmer deshalb nicht im Vordergrund.

Im Rahmen der Erweiterung der EU gewinnen die Vereinbarungen auch europapolitisch immer mehr an Bedeutung. Sie tragen zur Intensivierung der bilateralen wirtschaftlichen Zusammenarbeit Deutschlands mit den MOE-Ländern bei und unterstützen den europäischen Integrationsprozeß in diesen Ländern im Vorfeld der EU-Erweiterung.

1. Wann wurden die Abkommen über die Beschäftigung von Vertragsarbeitnehmern mit den Ländern Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Estland, Litauen, Albanien und der Türkei abgeschlossen?

Bilaterale Vereinbarungen über die Beschäftigung von Arbeitnehmern ausländischer Unternehmen zur Ausführung von Werkverträgen wurde mit folgenden Ländern abgeschlossen:

Polen:	31. Januar 1990
Ungarn:	3. Januar 1989
Tschechische Republik:	in Anwendung die Vereinbarung mit der CSFR vom 23. April 1991
Slowakische Republik:	17. April 1996

Rumänien:		31. Juli 1990
Bulgarien:		12. März 1991
Kroatien:	in Anwendung der Vereinbarung-	
Slowenien:	mit Ex-Jugoslawien vom	24. August 1988
Türkei:		18. November 1991
Lettland:		2. Juni 1992

Mit Estland, Litauen und Albanien bestehen keine Werkvertragsarbeitnehmer-Vereinbarungen.

2. Wie viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Estland, Litauen, Albanien und der Türkei sind als Werkvertragsarbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland (bitte nach Land, Geschlecht und Anzahl auflisten)?

Im Rahmen der bestehenden Vereinbarungen waren aufgrund der letzten statistischen Erfassung am 25. Mai 1999 insgesamt 40 534 ausländische Werkvertragsarbeitnehmer aus den MOE-Staaten und der Türkei beschäftigt (vgl. Anlage 1).

Statistiken, die nach dem Geschlecht des Arbeitnehmers unterscheiden, werden nicht geführt.

3. Wie viele Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer aus Polen, Ungarn, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Bulgarien, Kroatien, Slowenien, Estland, Litauen, Albanien und der Türkei waren in den Jahren seit 1991 in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigt (bitte nach Anzahl, Geschlecht und Jahren auflisten)?

Die Zahl der im Jahresdurchschnitt seit 1991 beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer ergibt sich aus den als Anlagen 2 und 3 beigefügten Übersichten.

4. In welchen wirtschaftlichen Sektoren waren Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer beschäftigt (bitte nach Sektor und Anzahl auflisten)?

Die in den Jahren 1992 bis 1999 in den einzelnen Wirtschaftsbereichen jeweils im Mai beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmer ergeben sich aus den Anlagen 1 und 4 bis 10.

5. Wie hoch sind die Löhne der Werkvertragsarbeitnehmerinnen und Werkvertragsarbeitnehmer im Vergleich zu den Tariflöhnen der jeweiligen Branche (bitte nach Branche und Durchschnittslöhnen auflisten)?

Die Arbeitserlaubnis wird nur erteilt, soweit die Entlohnung der Werkvertragsarbeitnehmer dem Lohn entspricht, welchen die einschlägigen deutschen Tarifverträge für vergleichbare Tätigkeiten vorsehen. Wegen der Vielzahl der bestehenden Tarifverträge wird aus Gründen der Verwaltungspraktikabilität jeweils die für den ausgeübten Beruf typische durchschnitt-

liche Ecklohngruppe zugrunde gelegt. Die Berechnungen zum Lohnvergleich werden auf den Nettostundenlohn abgestellt. Grundlage für die Lohnvergleichsprüfung ist die Zusammenstellung über „Tarifvertragliche Regelungen in ausgewählten Wirtschaftszweigen“, herausgegeben vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. Diese Zusammenstellung erscheint jährlich im März/April und berücksichtigt die entsprechenden Tarifregelungen jeweils nach dem Stand im Dezember des Vorjahres.

Neben den zugrunde zu legenden Tariflöhnen vergleichbarer deutscher Arbeitnehmer sind anteilig auch die Urlaubsvergütungen und die Weihnachtsgatifikationen zu berücksichtigen.

6. Welcher volkswirtschaftlicher Schaden entsteht durch die Werkvertragsabkommen hinsichtlich
- Verminderung der Steuereinnahmen,
  - Verminderung der Einnahmen der sozialen Systeme?

Werkvertragsarbeitnehmer-Vereinbarungen werden geschlossen, weil sie den Interessen der Verhandlungspartner dienen. Volkswirtschaftliche Schäden (Verminderung der Steuereinnahmen), können allenfalls bei einem Mißbrauch der Regelungen entstehen. Hierzu ist aber darauf hinzuweisen, daß die Bundesanstalt für Arbeit nach § 6 Abs. 2 der Mitteilungsverordnung verpflichtet ist, die Finanzverwaltung über Namen und Anschriften der ausländischen Werkvertragspartner, den Beginn und die Ausführungsdauer des Werkvertrages sowie den Ort der Durchführung des Werkvertrages zu unterrichten. Es entsteht kein volkswirtschaftlicher Schaden durch die Werkvertragsabkommen im Bereich der sozialen Sicherheit. Auf die Antwort zu Frage 8 bez. der Regelungen in der Sozialversicherung wird verwiesen.

7. Trifft es zu, daß die Bundesregierung oder Teile von ihr für die Einführung einer Übergangsregelung hinsichtlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer aus den mitteleuropäischen Beitrittskandidaten der EU Polen, Tschechien und Ungarn eintreten?

Entsprechend der Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 (Kapitel XI) ist es das Ziel der Bundesregierung, im Rahmen des Beitrittsprozesses wirtschaftliche und soziale Brüche zu vermeiden. Daher hält sie angemessene Übergangsfristen, z. B. bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit, für erforderlich.

8. Welche Schritte will die Bundesregierung unternehmen, um die rechtliche und soziale Situation von Werkvertragsarbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland anderen Arbeitnehmern ausländischer Herkunft gleichzustellen?

Den auf der Grundlage der bilateralen Vereinbarungen beschäftigten Werkvertragsarbeitnehmern darf die Arbeitserlaubnis wie anderen ausländischen Arbeitnehmern aus Nicht-EU-Ländern nur erteilt werden, wenn sie nicht zu ungünstigeren Arbeitsbedingungen als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer beschäftigt werden (vgl. auch § 285 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 SGB III).

Werkvertragsarbeitnehmer sind im übrigen auch als entsandte Arbeitnehmer im Sinne des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) anzusehen. Sie

haben deshalb auch nach geltender Rechtslage Anspruch auf die in Artikel 3 der EU-Entsenderichtlinie aufgeführten gesetzlich geregelten Arbeitsbedingungen, wie z. B. die Vorschriften über Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz einschließlich Arbeitszeitschutzrecht, bezahlten Mindestjahresurlaub, Arbeitnehmerüberlassung oder Gleichbehandlung von Männern und Frauen am Arbeitsplatz.

In dem für die Entsendeproblematik zentralen Baubereich haben entsandte Werkvertragsarbeitnehmer aus den MOE-Staaten und der Türkei – ebenso wie entsandte EU-Arbeitnehmer – nach § 1 AEntG zusätzlich mindestens Anspruch auf die dort aufgeführten, in allgemeinverbindlichen Tarifverträgen geregelten Arbeitsbedingungen; praktisch relevant sind hier derzeit die tarifvertraglichen Regelungen über Mindestlohn und Urlaub (entsprechend dem Urlaubskassensystem der Bauwirtschaft).

Bezüglich aller dieser gesetzlichen und tarifvertraglichen Arbeitsbedingungen ist durch § 8 AEntG den entsandten Arbeitnehmern zusätzlich zu den bereits im Heimatland bestehenden Klagemöglichkeiten die Möglichkeit eröffnet worden, ihren Anspruch auch vor den deutschen Gerichten für Arbeitssachen einzuklagen.

In der Sozialversicherung sind in der Bundesrepublik Deutschland beschäftigte Arbeitnehmer grundsätzlich in allen Zweigen versicherungspflichtig. Keine Versicherungspflicht besteht allerdings in Fällen, in denen Arbeitnehmer von einem Arbeitgeber mit Sitz im Ausland vorübergehend für eine Beschäftigung nach Deutschland entsandt werden. Dies gilt entweder aufgrund innerstaatlichen Rechts (sog. „Einstrahlung“ nach § 5 SGB IV) oder aufgrund zwischenstaatlicher Abkommen bzw. EG-Rechts. Diese Regelungen finden auch auf Werkvertragsarbeitnehmer Anwendung. Hintergrund der Ausnahmeregelung ist, daß das Beschäftigungsverhältnis im Ausland besteht und die konkrete Tätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland nur zeitlich begrenzt ausgeübt wird. Es ist sinnvoll, die Arbeitnehmer während der vorübergehenden Arbeitsverrichtung in Deutschland den Sozialversicherungsvorschriften ihres Herkunftslandes unterstellt zu lassen. Dies entspricht auch internationaler Staatenpraxis, um insbesondere eine einheitliche Versicherungsbiographie der Arbeitnehmer zu erhalten sowie Doppelversicherungen auszuschließen und gilt umgekehrt auch für von deutschen Unternehmen ins Ausland entsandte Arbeitnehmer. Dies entspricht auch den Regelungen für projektgebundene Arbeitnehmer der in der Anfrage erwähnten VN-Konvention über Wanderarbeitnehmer. Im übrigen handelt es sich hier um einen Sachverhalt, der mit der Situation der in Deutschland ständig lebender ausländischer Arbeitnehmer nicht vergleichbar ist.

Von einem Schaden zu Lasten der deutschen Sozialkassen kann nicht die Rede sein, zumal sich aus einer Einbeziehung nach Deutschland entsandter Arbeitnehmer in die deutsche Sozialversicherungspflicht auch Leistungsansprüche ergeben würden.

9. Welche Gründe kann die Bundesregierung anführen, die der Unterzeichnung der VN-Konvention über den Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familien (International convention on the protection of the rights of all migrant workers and members of their families, A/RES/45/158) von 1990 entgegenstehen?

Die Zeichnung eines Übereinkommens ist dann nicht sinnvoll, wenn zum Zeitpunkt der Zeichnung abzusehen ist, daß eine Ratifizierung dieses Übereinkommens in absehbarer Zeit nicht in Betracht kommt. Eine Ratifizierung

der VN-Konvention über den Schutz der Rechte aller Arbeitsmigranten und ihrer Familien hält die Bundesregierung nicht für angezeigt. Die Gründe hierfür ergeben sich aus den Bedenken, die der Vertreter der Bundesregierung bei der Annahme des Übereinkommens durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen im Herbst 1990 in einer Stimmabgabeerklärung erläutert hat. Diese Bedenken gegen den Inhalt des Übereinkommens bestehen unverändert fort. Sie lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Die Position der Wanderarbeitnehmer in ungesetzlicher Situation (illegale Wanderarbeitnehmer) wird in dem Übereinkommen in einer Weise geschützt, die über das unbestrittene Erfordernis, ihnen grundlegende Menschenrechte nicht zu verweigern, weit hinausgeht, und die daher möglicherweise geeignet ist, den Anreiz, ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis im Ausland einer Beschäftigung nachzugehen, zu verstärken.
- Das Übereinkommen bezieht in die Definition der Wanderarbeitnehmer, auf die es anzuwenden ist, eine Reihe von Personengruppen ein, auf die die meisten der darin niedergelegten Rechte nicht passen (z. B. die selbständigen Wanderarbeitnehmer, die projektgebundenen Wanderarbeitnehmer und die Grenzarbeitnehmer).
- Grundlegende Menschenrechte, wie sie in den Pakten der Vereinten Nationen über bürgerliche und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie in den meisten Verfassungen der Mitgliedstaaten niedergelegt sind, sind in dem Übereinkommen vermischt mit eher technischen Regelungen aus dem Bereich des Arbeits- und Sozial-, Aufenthalts-, Steuer- und Gewerberechts, die auf nationaler Ebene gemeinhin nicht vom Verfassungsgeber, sondern vom Gesetz- und Verordnungsgeber geregelt werden.
- Über diese grundlegenden Mängel hinaus enthält das Übereinkommen zahlreiche Einzelregelungen, die der geltenden Rechtslage und Praxis in Deutschland nicht entsprechen. Bei den Verhandlungen über das Zustandekommen des Übereinkommens konnte sich die Bundesregierung mit ihren Bemühungen nicht durchsetzen, in diesen Punkten Regelungen zu erreichen, die einer Ratifizierung des Übereinkommens durch Deutschland nicht im Wege gestanden hätten.

10. Beabsichtigt die Bundesregierung Gründe, die der Ratifizierung der Konvention im Wege stehen, zu beseitigen und die Konvention in absehbarer Zeit zu ratifizieren?

Wenn ja, wann?

Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, das Internationale Übereinkommen über den Schutz der Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in absehbarer Zeit zu ratifizieren. (Begründung: s. Antwort zu Frage 9)

11. Welche europäischen Staaten haben wann die o. g. Konvention ratifiziert?

Bosnien-Herzegowina

13. Dezember 1996

Türkei

13. Januar 1999

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1999

Anlage 1

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche							Bundesgebiet	
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593		Insgesamt	darunter NBL
	Land-, Forstw. Energ., Bergb. ChemI., Kunsts.	Eisen-/ Stahlerzg. ...	VerarbG SonstWG	Baugewerbe	Bauverw. Bereiche	Isolierer	Restaurat.		
Bulgarien	0	29	12	968	206	33	6	1 254	47
CR	47	43	199	821	114	59	32	1 315	81
SR	0	117	153	681	185	93	42	1 271	120
Jugoslawien	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bosnien u. Herzeg.	172	161	0	369	224	126	0	1 052	12
Kroatien	70	1 378	0	839	1 129	360	0	3 776	82
Mazedonien	0	28	0	125	50	5	0	208	0
Slowenien	171	71	0	198	89	71	0	600	0
Lettland	64	7	15	116	23	0	0	225	0
Polen	1 760	4 233	2 074	7 842	1 728	1 199	375	19 211	1 451
Rumänien	152	556	506	2 525	86	0	0	3 825	87
Türkei	0	0	0	1 241	3	0	0	1 244	133
Ungarn	72	260	3 491	1 199	1 392	139	0	6 553	325
<b>Insg. a)</b>	<b>2 508</b>	<b>6 883</b>	<b>6 450</b>	<b>16 924</b>	<b>5 229</b>	<b>2 085</b>	<b>455</b>	<b>40 534</b>	<b>2 338</b>
Australien	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Israel	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Kanada	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Schweiz	30	0	5	93	0	0	0	128	3
USA	0	0	45	0	0	0	0	45	45
<b>Insg. b)</b>	<b>30</b>	<b>0</b>	<b>50</b>	<b>94</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>174</b>	<b>48</b>
<b>Insg. a + b)</b>	<b>2 538</b>	<b>6 883</b>	<b>6 500</b>	<b>17 018</b>	<b>5 229</b>	<b>2 085</b>	<b>455</b>	<b>40 708</b>	<b>2 386</b>



## Beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer im Jahresdurchschnitt nach Nationalitäten

## Anlage 2

	1987		1988		1989		1990		1991		1992		1993		1994		1995		1996		1997		1998	
	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil	absolut	Anteil
BUL	–		–		–		–		365	1 %	1 968	2 %	3 802	5 %	2 353	6 %	1 866	4 %	989	2 %	1 229	3 %	688	2 %
BOS	–		–		–		–				49	0 %	1 272	2 %	1 172	3 %	989	2 %	682	1 %	511	1 %	687	2 %
CSFR	215	2 %	195	1 %	294	2 %	798	3 %	4 051	8 %	10 701	11 %	4 527	6 %	–		–		–		–		–	
CR	–		–		–		–		–		–		–		1 693	4 %	2 150	4 %	1 947	4 %	1 439	4 %	1 060	3 %
JUG	4 953	40 %	5 063	35 %	4 878	29 %	5 999	22 %	8 668	16 %	8 862	9 %	2 657	4 %	15	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
KRO	–		–		–		–		–		298	0 %	4 792	7 %	5 296	13 %	4 542	9 %	4 375	10 %	3 604	9 %	2 780	8 %
LET	–		–		–		–		–		0	0 %	181	0 %	236	1 %	146	0 %	179	0 %	274	1 %	167	1 %
MAZ	–		–		–		–		–		0	0 %	472	1 %	667	2 %	712	1 %	194	0 %	112	0 %	185	1 %
POL	5 306	43 %	7 005	48 %	8 329	50 %	14 711	54 %	27 575	52 %	51 176	54 %	19 771	28 %	13 774	33 %	24 499	50 %	24 423	53 %	21 184	55 %	16 942	51 %
RUM	–		–		–		44	0 %	1 786	3 %	7 785	8 %	13 542	19 %	2 196	5 %	276	1 %	15	0 %	966	3 %	2 631	8 %
SLO	–		–		–		–		–		321	0 %	1 805	3 %	1 350	3 %	1 184	2 %	974	2 %	680	2 %	660	2 %
SR	–		–		–		–		–		–		–		1 427	3 %	2 036	4 %	1 250	3 %	1 206	3 %	943	3 %
TUE	–		–		–		–		–		441	0 %	1 454	2 %	1 575	4 %	1 603	3 %	1 591	3 %	1 429	4 %	1 103	3 %
UNG	1 541	13 %	1 908	13 %	2 277	14 %	4 384	16 %	9 326	18 %	12 432	13 %	14 449	21 %	8 890	22 %	9 165	19 %	8 993	20 %	5 813	15 %	5 036	15 %
Andere	303	2 %	422	3 %	809	5 %	1 262	5 %	1 325	2 %	869	1 %	1 413	2 %	573	1 %	243	0 %	141	0 %	100	0 %	107	0 %
<b>Insgesamt</b>	<b>12 318</b>	<b>100 %</b>	<b>14 593</b>	<b>100 %</b>	<b>16 587</b>	<b>100 %</b>	<b>27 198</b>	<b>100 %</b>	<b>53 096</b>	<b>100 %</b>	<b>94 902</b>	<b>100 %</b>	<b>70 137</b>	<b>100 %</b>	<b>41 217</b>	<b>100 %</b>	<b>49 411</b>	<b>100 %</b>	<b>45 753</b>	<b>100 %</b>	<b>38 547</b>	<b>100 %</b>	<b>32 989</b>	<b>100 %</b>

Beschäftigte Werkvertragsarbeitnehmer aus den MOE-Staaten, darunter Bau  
1999

Anlage 3

	Januar		Februar		März		April		Mai		Juni		Juli		August		September		Oktober		November		Dezember		Durchschnitt		
	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	Ins.	dar. Bau	
Bulgarien	623	437	931	721	1 058	843	1 213	925	1 254	968																423	325
CR	713	381	972	598	965	551	1 127	673	1 315	821																424	252
SR	622	247	806	430	984	578	1 137	656	1 271	681																402	216
Jugoslawien	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0																0	0
Bosn-Herzeg.	626	210	823	323	835	324	962	367	1 052	369																358	133
Kroatien	2 567	384	2 902	647	3 070	736	3 534	802	3 776	839																1 321	284
Mazedonien	167	94	230	152	201	132	181	116	208	125																82	52
Slowenien	560	160	620	221	571	204	627	246	600	198																248	86
Lettland	179	31	188	67	114	56	215	104	225	116																77	31
Polen	12 762	3 410	14 810	5 678	15 830	6 445	18 490	7 761	19 211	7 842																6 759	2 595
Rumänien	2 543	1 588	3 780	2 692	3 981	2 828	4 220	2 960	3 825	2 525																1 529	1 049
Türkei	753	699	1 214	1 158	1 231	1 210	1 262	1 251	1 244	1 241																475	463
Ungarn	5 092	639	5 669	904	6 079	1 116	6 565	1 215	6 553	1 199																2 497	423
Insg.	27 207	8 280	32 945	13 591	34 919	15 023	39 533	17 076	40 534	16 924																14 595	5 908
Anteil %		30		41		43		43		42																	40

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1992

Anlage 4

Gesamtübersicht

Land	Wirtschaftsbereiche											
	00-03	04-08	09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-61	593		Bundesgebiet		darunter Mittelstandskonting.	
	Land-, Forstw. ...	Energiev., Bergbau ...	Chem. Ind. Kunststoff ...	Eisen-/ Stahlerz. ...	Verarb. G. Sonst. WG	Baugewerbe	Isolierer	Restaur. CSFR/PL	Insgesamt	darunter NBL	deutsche Firmen	ungarische Firmen
Bulgarien	-	-	-	33	5	1 170	-	-	1 208	91		
CSFR	115	121	3	374	170	9 005	67	28	9 883	1 058	3 280	
Finnland	14	-	-	-	-	27	-	-	41	-		
Jugoslawien	24	531	26	2 674	231	4 760	650	-	8 896	297		
Kroatien	-	-	-	164	-	-	-	-	164	-		
Slowenien	-	-	-	-	-	-	42	-	42	-		
Norwegen	2	-	9	-	-	-	-	-	11	-		
Österreich	18	4	2	120	17	526	-	-	687	85		
Polen	1 300	824	573	6 940	1 316	37 318	1 391	160	49 822	10 084	8 169	
Rumänien	134	-	-	29	84	5 238	10	-	5 495	311		
Schweden	-	4	-	-	2	44	-	-	50	-		
Schweiz	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
Türkei	-	-	-	-	-	36	-	-	36	-		
Ungarn	100	104	32	4 015	1 024	5 856	90	-	11 221	477	2 859	-
USA	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-		
<b>Insgesamt</b>	<b>1 707</b>	<b>1 588</b>	<b>645</b>	<b>14 349</b>	<b>2 849</b>	<b>63 980</b>	<b>2 250</b>	<b>188</b>	<b>87 556</b>	<b>12 403</b>	<b>14 308</b>	

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1993  
Gesamtübersicht

Anlage 5

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche											
	00-03	04-08	09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-61	593		Bundesgebiet		darunter Mittelstandskonting.	
	Land-, Forstw. ...	Energiev., Bergbau ...	Chem. Ind. unststoff ...	Eisen-( Stahlerz. ...	Verarb. G. Sonst. WG	Baugewerbe	Isolierer	Restaur. CSFR/PL	Insgesamt	darunter NBL	deutsche Firmen	ungarische Firmen
Bulgarien	-	-	-	-	-	3 350	-	-	3 350	1 062		
CR/SR	32	116	11	185	179	5 246	-	16	5 785	698	2 534	
Jugoslawien	-	-	-	-	-	632	-	-	*) 632	101		
Bosn-Herzeg	-	54	-	157	12	1 889	138	-	2 250	453		
Kroatien	-	221	-	1 256	637	4 050	363	-	6 527	804		
Mazedonien	-	12	-	-	-	381	40	-	433	79		
Slowenien	-	568	-	46	53	1 985	113	-	2 765	475		
Lettland	20	-	-	-	-	92	-	-	112	-		
Polen	325	192	432	4 314	1 638	16 174	230	164	23 469	3 310	3 575	
Rumänien	86	9	17	161	184	16 940	175	-	17 572	1 213		
Türkei	-	-	-	-	-	1 656	-	-	1 656	630		
Ungarn	114	90	67	4 666	1 851	8 079	171	-	15 038	1 123	5 739	2 280
<b>Insg. a)</b>	<b>577</b>	<b>1 262</b>	<b>527</b>	<b>10 785</b>	<b>4 554</b>	<b>60 474</b>	<b>1 230</b>	<b>180</b>	<b>79 589</b>	<b>9 948</b>	<b>11 848</b>	
Finnland	2	-	-	-	-	107	-	-	109	-		
Norwegen	-	32	-	-	-	26	-	-	58	17		
Österreich	-	201	12	68	27	465	7	-	780	298		
Schweden	-	-	-	-	-	3	-	-	3	-		
Schweiz	-	2	-	-	29	258	-	-	289	-		
USA	-	1	-	-	-	-	-	-	1	-		
<b>Insg. b)</b>	<b>2</b>	<b>236</b>	<b>12</b>	<b>68</b>	<b>56</b>	<b>859</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>1 240</b>	<b>315</b>		
<b>Insg. a + b)</b>	<b>579</b>	<b>1 498</b>	<b>539</b>	<b>10 853</b>	<b>4 610</b>	<b>61 333</b>	<b>1 237</b>	<b>180</b>	<b>80 829</b>	<b>10 263</b>	<b>11 848</b>	

\*) Mai 93 Aufgl. auf einzelne Republiken

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1994  
Gesamtübersicht

Anlage 6

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche										
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593		Bundesgebiet		darunter Mittelstandskontingent	
	Land-, Forstw Energ, Bergb ChemI, Kunsts	Eisen-/ Stahlerzg ...	VerarbG SonstWG	Baugewerbe	Bauverwandte Bereiche	Isolierer	Restaur.	Insgesamt	darunter NBL	deutsche Firmen	ungarische Firmen
Bulgarien	-	-	-	2 194	253	-	-	2 447	348		
CR	60	36	208	833	98	17	77	1 329	202		
SR	131	21	278	509	66	-	100	1 105	148		
Rest-Jugosl	-	-	-	24	-	-	-	24	-		
Bosn-Herzeg	17	94	15	1 019	146	89	-	1 380	240		
Kroatien	96	1 109	17	4 423	903	379	-	6 927	1 058		
Mazedonien	38	18	-	677	14	6	-	753	205		
Slowenien	111	42	-	1 184	110	102	-	1 549	178		
Lettland	-	-	-	301	-	-	-	301	16		
Polen	1 099	2 069	1 062	6 751	943	146	310	12 380	1 135	5 044	
Rumänien	57	80	23	2 288	56	8	-	2 512	121		
Türkei	-	-	-	1 627	-	-	-	1 627	456		
Ungarn	92	435	649	5 220	2 132	91	-	8 619	574	3 868	1 530
<b>Insg. a)</b>	<b>1 701</b>	<b>3 904</b>	<b>2 252</b>	<b>27 050</b>	<b>4 721</b>	<b>838</b>	<b>487</b>	<b>40 953</b>	<b>4 681</b>	<b>8 912</b>	
Schweiz	-	2	57	522	-	4	-	585	15		
USA	-	-	-	-	-	-	-	0	-		
<b>Insg. b)</b>	<b>0</b>	<b>2</b>	<b>57</b>	<b>522</b>	<b>0</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>585</b>	<b>15</b>	<b>0</b>	
<b>Insg. a + b)</b>	<b>1 701</b>	<b>3 906</b>	<b>2 309</b>	<b>27 572</b>	<b>4 721</b>	<b>842</b>	<b>487</b>	<b>41 538</b>	<b>4 696</b>	<b>8 912</b>	

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1995  
Gesamtübersicht

Anlage 7

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche										
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593		Bundesgebiet		darunter Mittelstandskontingent	
	Land-, Forstw Energ, Bergb ChemI, Kunsts	Eisen-/ Stahlerzg ...	VerarbG SonstWG	Baugewerbe	Bauverwandte Bereiche	Isolierer	Restaur.	Insgesamt	darunter NBL	deutsche Firmen	ungarische Firmen
Bulgarien	2	116	13	2 344	187	38	–	2 700	484		
CR	103	89	251	1 400	177	37	150	2 207	394		
SR	44	74	268	1 482	162	7	45	2 082	187		
Jugoslawien	–	–	–	–	–	–	–	0	0		
Bosn-Herzeg.	25	97	7	777	67	54	–	1 027	98		
Kroatien	78	1 435	3	2 060	708	362	–	4 646	305		
Makedonien	–	71	–	606	22	12	–	711	106		
Slowenien	161	109	9	745	73	88	–	1 185	103		
Lettland	–	–	–	153	6	–	–	159	19		
Polen	2 023	3 346	2 444	14 312	2 201	724	907	25 957	4 687	12 465	
Rumänien	–	30	20	363	–	–	–	413	0		
Türkei	–	–	–	1 553	–	–	–	1 553	285		
Ungarn	18	646	1 744	4 671	2 112	96	–	9 287	567	3 975	1 215
<b>Insg. a)</b>	<b>2 454</b>	<b>6 013</b>	<b>4 759</b>	<b>30 466</b>	<b>5 715</b>	<b>1 418</b>	<b>1 102</b>	<b>51 927</b>	<b>7 235</b>	<b>16 440</b>	
Kanada	–	–	–	–	–	–	–	0	0		
Schweiz	–	8	12	259	–	–	–	279	1		
USA	–	–	–	–	–	–	–	0	0		
<b>Insg. b)</b>	<b>0</b>	<b>8</b>	<b>12</b>	<b>259</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>279</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	
<b>Insg. a + b)</b>	<b>2 454</b>	<b>6 021</b>	<b>4 771</b>	<b>30 725</b>	<b>5 715</b>	<b>1 418</b>	<b>1 102</b>	<b>52 206</b>	<b>7 236</b>	<b>16 440</b>	

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1996  
Gesamtübersicht

Anlage 8

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche							Bundesgebiet	
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593		Insgesamt	darunter NBL
	Land-, Forstw Energ, Bergb, ChemI, Kunsts	Eisen-/ Stahlerzg ...	VerarbG sonstWG	Baugewerbe	Bauverwandte Bereiche	Isolierer	Restaur.		
Bulgarien	–	55	29	815	108	18	5	1 030	178
CR	57	185	139	1 327	219	20	152	2 099	577
SR	14	110	246	890	115	13	68	1 456	247
Jugoslawien	–	–	–	–	–	–	–	0	–
Bosn-Herzeg.	9	83	–	538	51	73	–	754	160
Kroatien	106	1 535	4	1 491	581	460	–	4 177	255
Makedonien	–	36	–	191	19	13	–	259	5
Slowenien	140	234	1	332	63	115	2	887	59
Lettland	–	–	–	161	–	–	–	161	45
Polen	2 413	3 769	3 526	13 871	2 976	1 865	726	29 146	5 730
Rumänien	–	–	–	24	–	–	–	24	–
Türkei	–	–	–	1 688	–	–	–	1 688	523
Ungarn	54	1 473	2 407	2 890	2 666	193	5	9 688	795
<b>Insg. a)</b>	<b>2 793</b>	<b>7 480</b>	<b>6 352</b>	<b>24 218</b>	<b>6 798</b>	<b>2 770</b>	<b>958</b>	<b>51 369</b>	<b>8 574</b>

Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1997  
Gesamtübersicht

Anlage 9

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche								
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593		Bundesgebiet	
	Land-, Forstw Energ, Bergb, ChemI, Kunsts	Eisen-/ Stahlerzg ...	VerarbG SonstWG	Baugewerbe	Bauverwandte Bereiche	Isolierer	Restaurat.	Insgesamt	darunter NBL
Bulgarien	0	0	14	1 203	214	63	0	1 494	271
CR	29	126	112	1 056	302	52	39	1 716	382
SR	0	130	187	780	98	16	46	1 257	189
Jugoslawien	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bosn-Herzeg.	2	73	0	230	155	85	0	545	76
Kroatien	104	1 297	4	1 316	812	510	0	4 043	246
Mazedonien	0	19	0	45	23	0	0	87	9
Slowenien	154	86	0	276	53	147	0	716	76
Lettland	0	0	85	223	5	0	0	313	16
Polen	2 061	4 678	3 369	11 042	2 089	1 495	533	25 264	4 482
Rumänien	86	137	39	624	23	33	0	942	108
Türkei	0	0	0	1 573	32	0	0	1 605	329
Ungarn	18	997	2 629	1 084	1 570	102	0	6 400	521
<b>Insg. a)</b>	<b>2 454</b>	<b>7 543</b>	<b>6 439</b>	<b>19 452</b>	<b>5 373</b>	<b>2 503</b>	<b>618</b>	<b>44 382</b>	<b>6 705</b>
Kanada	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Schweiz	6	3	7	107	0	0	0	123	8
<b>Insg. b)</b>	<b>6</b>	<b>3</b>	<b>7</b>	<b>107</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>123</b>	<b>8</b>
<b>Insg. a + b)</b>	<b>2 480</b>	<b>7 546</b>	<b>6 446</b>	<b>19 559</b>	<b>5 373</b>	<b>2 503</b>	<b>618</b>	<b>44 505</b>	<b>6 713</b>



Zahl der beschäftigten ausländischen Arbeitnehmer im Rahmen von Werkverträgen  
Berichtsmonat Mai 1998  
Gesamtübersicht

Anlage 10

a) aufgrund von Regierungsvereinbarungen

b) Sonstige

Land	Wirtschaftsbereiche							Bundesgebiet	
	00-03 04-08 09-16	17-27 28-32	33-58 62-99	59-60	61	593			
	Land-, Forstw Energ, Bergb, ChemI, Kunsts	Eisen-/ Stahlerzg ...	VerarbG SonstWG	Baugewerbe	Bauverwandte Bereiche	Isolierer	Restaurat.	Insgesamt	darunter NBL
Bulgarien	0	0	17	518	104	23	0	662	17
CR	37	89	143	651	104	58	45	1 127	168
SR	2	167	198	742	67	32	33	1 241	75
Jugoslawien	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Bosn-Herzeg.	82	92	0	363	142	79	0	758	15
Kroatien	57	0	910	839	839	323	0	2 968	20
Mazedonien	3	0	17	125	29	11	0	185	8
Slowenien	146	0	110	215	38	142	0	651	12
Lettland	4	4	68	50	16	0	0	142	0
Polen	1 944	4 265	2 325	8 250	1 484	1 027	580	19 875	1 903
Rumänien	33	325	125	1 953	42	31	0	2 509	47
Türkei	0	0	0	1 260	15	0	0	1 275	76
Ungarn	31	461	2 506	765	941	158	0	4 862	135
<b>Insg. a)</b>	<b>2 339</b>	<b>5 403</b>	<b>6 419</b>	<b>15 731</b>	<b>3 821</b>	<b>1 884</b>	<b>658</b>	<b>36 255</b>	<b>2 476</b>
Australien	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Israel	0	0	1	0	0	0	0	1	0
Schweiz	0	5	11	70	0	0	0	86	0
<b>Insg. b)</b>	<b>0</b>	<b>5</b>	<b>13</b>	<b>70</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>88</b>	<b>0</b>
<b>Insg.. a + b)</b>	<b>2 339</b>	<b>5 408</b>	<b>6 432</b>	<b>15 801</b>	<b>3 821</b>	<b>1 884</b>	<b>658</b>	<b>36 343</b>	<b>2 476</b>